

Arbeitsprobleme

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 29. Januar 1930

Nummer 9

Niedergang oder Aufstieg

Pflicht- und verantwortungsbewusste Mitarbeit an der Erfüllung Deutschlands größter Aufgabe, die wir in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erblicken, insbesondere auf dem uns zur Verfügung stehenden engeren Boden des deutschen Buchdruckgewerbes, bildete die Triebkraft aller unserer bisherigen Untersuchungen und Feststellungen auf diesem Gebiete. Unsere Prüfung der wirtschaftspolitischen Lage im deutschen Buchdruckgewerbe hat ergeben, daß diese in keinem ungünstigeren Verhältnis als die derzeitige Lage der gesamten deutschen Wirtschaft steht. Das gilt sowohl für den wirtschaftlichen und technischen Aufbau des Buchdruckgewerbes wie auch für dessen soziale Auswirkung nach der Seite des Arbeitsmarktes bzw. des Umfanges der Arbeitslosigkeit. Nach der jüngsten Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Ergebnisse in der üblichen Weise am 16. Januar herausgegeben wurden, und den Stand des Arbeitsmarktes für Ende Dezember 1929 nach Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit von insgesamt 4 232 671 Gewerkschaftsmitgliedern in 31 Gewerkschaften mit durchschnittlich 20,3 Proz. feststellen, stehen die Buchdrucker mit 12,3 Proz. erheblich unter dem allgemeinen Durchschnitt, bezüglich völliger Arbeitslosigkeit, ebenso mit 0,5 Proz. gegen 13,8 Proz. Kurzarbeit im Rahmen der Gesamtzahl der von dieser Statistik erfaßten Gewerkschaftsmitglieder.

Nimmt man den Umfang der Arbeitslosigkeit als Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Industrie- und Gewerbebezüge, so wird man sagen müssen, daß diese in andern Industrie- und Gewerbebezügen wesentlich schlechter ist als im Buchdruckgewerbe, ja daß sogar im Hinblick auf die produktivstechnische Bervollkommnung des letzteren ein erheblicher Teil unserer gewerblichen Arbeitslosigkeit auf diesbezügliche Mißverhältnisse zwischen vermindertem Bedarf an menschlichen Arbeitskräften infolge technischer Verbesserungen wie erweiterter Ausbildung von neuen und trotz höherer Auftragsanfalls als in früheren Jahren überzählig gewordener Facharbeiter zurückzuführen ist. Wir schätzen den aus rein technischen Gründen überzählig gewordenen Teil an Arbeitslosen in unserm Gewerbe auf mindestens ein Drittel ihrer neuzeitlichen Zahl; ein weiteres Drittel dürfte auf die seitens des Deutschen Buchdrucker-Vereins absichtlich herbeigeführte Erhöhung der Lehrlingszahl in den letzten Jahren fallen, und nur für das letzte Drittel von etwa 4 Proz. der Arbeitslosen in unserm Gewerbe könnte die allgemeine ungünstige Lage der deutschen Wirtschaft als Ursache beurteilt werden.

Aus dieser Analyse unbefreitbarer Ursachen unserer gewerblichen Arbeitslosigkeit ergeben sich auch die Wege zu ihrer Bekämpfung oder Ausmerzung. Soweit die Ausschaltung von arbeitsfähigen Kräften aus dem Produktionsprozeß durch technische Bervollkommnung des maschinellen Produktionsapparates oder durch sonstige neuzeitliche Rationalisierungsmaßnahmen verursacht ist, dürfte dies zwar nicht auf abschließliche Festanlagen von Kapital, das im Buchdruckgewerbe hauptsächlich im Wege der Selbstfinanzierung aus den Betriebsergebnissen geschöpft wird, zurückzuführen sein, sondern auf spekulative Überstärkung der Entwicklungsmöglichkeiten des Buchdruckgewerbes im Verhältnis zu gleichen Erscheinungen in andern Industrie- und Gewerbebezügen, die infolge zurückbleibender Kaufkraft der großen Massen sich ebenfalls in ihren Produktionsanlagen überfrachten haben und diese weber für sich noch als Auftraggeber für das Buchdruckgewerbe voll auswerten können. In dieser Tatsache zeigt sich eine von dem gesamten Unternehmertum infolge Verfolgung einseitiger privatkapitalistischer Tendenzen allein zu verantwortende Beschränkung

tion ihrer Wirtschaftsform, nach der die menschliche Arbeitskraft lediglich als Produktionsfaktor ohne Berücksichtigung ihres sozialen Fundaments gewertet wird. Aus dieser der privatkapitalistischen Wirtschaftsform allein zuguschreibenden Ausschaltung von Millionen menschlicher Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß und der daraus ebenfalls resultierenden wirtschaftlichen Unterhaltspflicht gegenüber diesen zur Arbeitslosigkeit gezwungenen Massen ergibt sich die berechtigte Forderung, daß die bisher mit der unwirtschaftlichen Wirkung einer Überspannung des Produktionsapparates verfehlt angelegten Erträge des Produktionsprozesses in Zukunft in erster Linie zur Kostendeckung einer Wiedereinschaltung der brachliegenden Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß verwendet werden sollten. Eine weitere Ausgestaltung des Produktionsapparates könnte nur noch insofern als zweckmäßig erkannt und zulässig sein, als dessen Verwertungsmöglichkeit die wirtschaftliche Existenz der zu ihrer technischen Auswertung herangebildeten menschlichen Arbeitskräfte sichert. Der finanziellen Kapitalerhaltung und -verwertung muß die soziale Erhaltung und Verwertung der menschlichen Arbeitskräfte nicht nur als gleichwertig, sondern als moralische Hauptbedingung vorangestellt werden.

Ihre natürliche Erfüllung würde diese Forderung, die wir als Primat sozialer und wirtschaftlicher Wertung bezeichnen möchten, in einer gleichmäßigen Anpassung und Verteilung der Tätigkeit der Arbeitskräfte zunächst auf alle Berufsangehörigen eines jeden Gewerbes nach Maßgabe der ihnen aus der Gesamtwirtschaft zufallenden Aufgaben finden. Wir sind der Ansicht, daß insbesondere ein Gewerbe, dessen Unternehmer die Heranbildung einer bestimmten Anzahl von Facharbeitern als unerlässlich betrachten und dies sogar mit Verhängung von Geldbußen gegen Zuwiderhandelnde durchzuführen wollen, auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hat, besonders in der Frage der täglichen Arbeitszeit eine soziale Rationalisierung durch gleichmäßige Inanspruchnahme bzw. produktive Verwertung dieser Arbeitskräfte durchzuführen. Im Sinne dieser kulturell wie wirtschaftlich durchaus berechtigten Gründe hat daher auch die letzte Gewerkschaftskonferenz unseres Verbandes zu den kommenden Tarifverhandlungen die Frage der tariflichen Arbeitszeit in den Vordergrund gestellt. Die Lösung dieses Problems steht für die Gewerkschaft unter keiner andern Devise als der Tilgung des Arbeitslosenstandes aus eigener Kraft des Gewerbes. Gerade der Umstand, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe beinahe um die Hälfte unter dem Durchschnitt der allgemeinen Arbeitslosigkeit zurückbleibt, spricht dafür, daß deren Ausmerzung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bietet. Denn zweifellos ist dieses relative Verhältnis ebenso als Beweis einer keineswegs so katastrophalen Lage des Gewerbes, wie dies von interessierter Unternehmenseite aus tarif- und lohnpolitischen Gründen behauptet wird, wie auch als Folge kraft durchgeführter tariflicher Vorbeugungsmaßnahmen zu beurteilen. Es bestätigt sich darin die auch von der „Zeitschrift“ in ihrem Leitartikel über „Kräfte und Gestaltungen“ in Nr. 104 vom 31. Dezember 1929 in vernünftiger Ablehrung von dem Bewußten „Primat der Wirtschaft“ gegebene Möglichkeit, daß trotz aller Konjunkturverbundenheit mit der Gesamtwirtschaft es das Buchdruckgewerbe immer noch in der Hand hat, durch Entfaltung eigener Kräfte aus seinem Innern heraus sein Geschick zu lenken und ihm dadurch eine gewisse Eigeneselbstigkeit zu geben. Es ist nicht einzusehen, warum eine solche Entfaltung eigener Kräfte des Gewerbes nicht zur Befreiung der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe in erster Linie eingesetzt werden könnte.

Leider zieht man gerade in diesem Punkte auf Unternehmenseite in unserm Gewerbe weber die erforderlichen sozialen noch wirtschaftlichen Schlussfolgerungen. Nach wie vor führt man dort die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe nur auf einen Rückgang des Auftragsengagements zurück, obwohl in Wirklichkeit die Auftragsmenge nicht geringer geworden ist, sondern sich nur nicht mehr in gleicher Weise gesteigert hat, wie dies für den von Unternehmenseite mit allen Mitteln erstrebten Zuwachs an Gehilfen und die Erweiterung des Produktionsapparates im ganzen Gewerbe im Laufe der letzten Jahre Voraussetzung gewesen wäre. Der eine wie der andre dieser beiden Mißgriffe ist in seinen Folgen nur von Unternehmenseite zu verantworten. Die dadurch verschuldete soziale und wirtschaftliche Not der Arbeitslosen wie auch die Belastung durch die unproduktiven Ausgaben auf dem Umwege über Arbeitslosenunterstützung und deren Bewartungsapparat sind ausschließliche Folgen dieser Mißgriffe von Unternehmenseite, die jeder vernünftigen Wirtschaftsführung ins Gesicht schlagen. Es ist daher auch mehr als kurzfristig, wenn die „Zeitschrift“ davon spricht, daß die Sprache, die die Ziffern der heutigen Arbeitslosigkeit sprechen, im Gewerkschaftslager immer noch nicht richtig verstanden würden. Denn in Wirklichkeit ist die Kenntnis all dieser Dinge in Gewerkschaftskreisen viel klarer als in Unternehmerrreisen. Es handelt sich dabei nur darum, daß auf beiden der Arbeiterschaft die Ursachen dieser Zustände auf ganz andre Quellen zurückgeführt werden, als dies von Unternehmenseite zugegeben wird. Wir behaupten, daß das Arbeitslosenproblem eine Giftblüte der bisherigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform ist und daher auch nur durch eine diesbezügliche Umgestaltung der letzteren beseitigt werden kann. Daß die Unternehmer einer solchen Lösung ablehnend gegenüberstehen, ist nur insofern begreiflich, als eine solche Umgestaltung ihre bisherige Vorherrschaft gefährdet. Da diese Vorherrschaft aber die heutigen Zustände mit ihrer unproduktiven und kostspieligen Brachlegung von Millionen menschlicher Arbeitskräfte herbeigeführt hat und ferner keine Aussicht besteht, daß diese Verhältnisse durch weitere Duldung ihrer Ursachen zum Besseren gewandelt werden können, kann auch keine Rede davon sein, dieses System der Wirtschaftsführung als aller Weisheit letzten Schluß hinzunehmen und die dafür von Unternehmenseite angeführten Argumente als berechtigt anzuerkennen. Man sollte bei vernunftgemäßer Abwägung dieser offen zutage liegenden Tatsachen in unserm Gewerbe annehmen, daß die Lösung dieses Problems auch im Interesse des heutigen Unternehmertums nicht zu einer Machtfrage gestempelt werden müßte, sondern für eine friedliche Verständigung reif wäre. Denn die Dinge liegen doch so, daß es mit einem nur in schöne Worte gekleideten Bedauern des Schicksals der Arbeitslosen, wie dies gleichfalls in der schon erwähnten Nr. 104 der „Zeitschrift“ zu lesen war, keineswegs getan ist.

Treffend ist es auch, wenn an der gleichen Stelle im Prinzipalsorgan die Behauptung aufgestellt wird, daß die Gewerkschaften sich noch nie um die Nöte des Gewerbes gekümmert hätten. Richtig ist vielmehr, daß man gerade von Unternehmenseite den Gewerkschaften jeden diesbezüglichen wahrheitsgemäßen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes seit jeher erschwert und unmöglich zu machen suchte. Wir verweisen nur auf die ständigen Schwierigkeiten, die den gesetzlichen Betriebsvertretungen von Unternehmenseite gemacht werden, wenn diese sich einen genaueren Einblick in die Rentabilitäts- und Wirtschaftsverhältnisse einzelner Betriebe verschaffen wollen. Nicht einmal eine rohe Statistik der eignen Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter in den Betrieben wird unternehmer-

seitig gestattet. Erst dieser Tage konnte man in Nr. 6 der „Zeitschrift“ vom 21. Januar dieses Jahres einen Artikel über „Unzulässige Produktionsstatistik der Gehilfen“ lesen, in dem unter Berufung auf § 17 des Gesetzes gegen den unfaulteren Wettbewerb und andere Gesetzesparagrafen allerhand Anflug getrieben wird, dessen Kernpunkt darin liegt, der Gehilfenschaft jede Nachprüfung der Rentabilitätsverhältnisse und damit auch der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes einfach unmöglich zu machen. Man verschone also die Gewerkschaften mit solchen Verdächtigungen, wonach sie sich nicht um die Mäße des Gewerbes bekümmern würden oder wollten. Das Gegenteil ist Wahrheit und auf Grund aller diesbezüglichen Erfahrungen der Gewerkschaften auch die Annahme durchaus berechtigt, daß die Unternehmer in dieser Beziehung in großem Umfange mit falschen Karten spielen, und zwar nicht nur wegen der Vermeidung züchtiger Steuerleistung, sondern auch aus tarif- und lohnpolitischen Gründen; was nötigenfalls noch deutlicher nachgewiesen werden kann.

(Vorbereitung folgt.)

Die Gefährlichkeit der wirtschaftlichen Selbstfinanzierung

Die von der sogenannten Wirtschaft zu beschaffenden und zu versorgenden Volksteile müssen vor allen Dingen den Willen haben, daran mitzuarbeiten, daß die Wirtschaft Formen annimmt, die sie zur rationellen Versorgungs- und damit zur wirklichen „Volkswirtschaft“ machen. Ohne die zielbewußte, tatkräftige Mithilfe der gewerkschaftlich organisierten Lohn- und Gehaltsempfänger wird dieses Ziel nicht erreicht werden. Das wirtschaftliche Denken anzuregen und das Wissen über die Wirtschaftsaufgaben zu verbessern, muß heute als eine der wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen angesehen werden.

Die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie fordert unter dem Motto „Aufstieg oder Niedergang“ klar und rücksichtslos, daß bei der Neuordnung der Steuerverhältnisse Großheft und Großeinkommen gestrichelt werden sollen. Begründet wird diese Forderung damit, daß Kapital gebildet werden müsse, was in der Hauptfache nur durch die sogenannte Selbstfinanzierung vor sich gehen könne. Das Ganze führt darauf hinaus, daß die Lasten des Krieges einseitig den schlecht verdienenden und verarmten Massen aufgebürdet werden sollen. Sie sollen das Kapital, das gebildet werden soll, erarbeiten und erdarnen. Die Unternehmensjahre eignen es sich dann an, was man Selbstfinanzierung nennt. Diese sogenannte Selbstfinanzierung verpflichtet zu keinerlei Zinszahlung an das eigne Volk, was natürlich für die Befürher der nationalen Wirtschaftsmittel sehr angenehm ist.

Wie verhält es sich nun mit der Neubildung von Kapital, von der in letzter Zeit so viel gesprochen und geschrieben wird? Was ist und was bedeutet Wirtschaftskapital? Es wäre falsch, die Bedeutung der Kapitalbildung für Staat, Wirtschaft und Allgemeinwohl unterschätzen zu wollen. Kapital ist Arbeits-, also Selbstbehaftungsmittel für Volk und Staat. Das Geldkapital setzt sich sehr schnell in Sachkapital um. Nur solches Sachkapital ist wirkliches Wirtschaftskapital, das fruchtbar ist, das Erträge, Gewinne abwirft. Kapital, das unfruchtbar bleibt, ist wertlos; es verliert die Kapitaleigenschaft, die werkschaffende Lebenskraft, es wird totes Kapital, wie man ganz richtig zu sagen pflegt.

Wie gestakete sich in der Nachkriegszeit die deutsche Kapitalneubildung? Der schnelle, staunenerregende Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft war ein Prozeß der Kapitalneubildung. Unser wirtschaftlicher Erzeugungsapparat ist heute größer und leistungsfähiger als vor dem Kriege. Er ist zwar zum Teil mit Auslandsgeld hergestellt worden. Aber das war aus verschiedenen Gründen unbedingt notwendig, braucht auch nicht nachsteig zu wirken. Die Hauptfache ist, daß unser Wirtschaftsapparat zweckmäßig eingerichtet wird, noch bedeutend zweckmäßiger als er in den letzten Jahren schon geworden ist, daß er im höchstmöglichen Grade leistungsfähig wird und so hohe Erträge erzeugt, daß neben der Kapitalverzinsung angemessene Löhne und Gehälter gezahlt werden können. Diese Löhne und Gehälter dürfen aber nicht durch hohe Warenpreise in ihrem wirklichen Werte wieder herabgesetzt werden.

Vor dem Kriege wurde die jährliche deutsche Kapitalneubildung auf etwa 8 bis 9 Milliarden Mark geschätzt. Die Nachkriegskapitalneubildung ist wesentlich schwerer zu schätzen als die frühere. In den letzten drei Jahren sollen jährlich 9 Milliarden Mark Kapitalzuwachs aus der inneren Wirtschaft gewonnen worden sein. Die Sparasseneinlagen usw. sind bereits wieder auf 11 Milliarden Mark angewachsen. Das ist die Hälfte der Vorkriegseinlagen. Die unfruchtbarere Kapitalbildung in den Wirtschaftsbetrieben, die in der Form der sogenannten Selbstfinanzierung erfolgt, ist nicht zu übersehen. Sedenfalls spielen aber die „stillen Reserven“, „Abgrenzungen“ usw. in den letzten Jahren in den Bilanzen eine viel bedeutendere Rolle als vor dem Kriege. Die deutsche Kapitalneubildung kann durchaus befriedigen, auch dann, wenn man berücksichtigt, daß die Kaufkraft des Geldes zurückgegangen ist. Professor Dr. Sternberg (Genä) schätzt, daß die deutsche Güterproduktion während der letzten Jahre um 25 bis 30 Proz. höher war als vor dem Kriege. Der Produktionsapparat habe sich aber noch mehr vergrößert als die Produktion; er habe

selbst in den Zeiten der Hochkonjunktur nicht voll ausgenutzt werden können.

Die schnelle Bildung von Neutapital wird auch in Zukunft zu begrüßen sein; denn Kapitalarmut verzerrt Arbeitslosigkeit, ebenso wie auch Kaufkraftschwäche Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Wir brauchen eben nicht nur mehr Betriebskapital, sondern auch mehr Verbrauchskapital. Da die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte jetzt bedeutend größer ist als vor dem Kriege, braucht die deutsche Wirtschaft auch mehr Kapital als damals.

Das Hauptübel der Gegenwart ist die krankhaft gesteigerte Dauerarbeitslosigkeit. Es sollte auch den Wirtschaftsmachhabern nicht zweifelhaft sein, daß es durch Steigerung der Rente der Aktionäre nicht überwinden werden kann, wohl aber durch Steigerung des Einkommens der arbeitenden Massen. Unsere Wirtschaft muß nothgedrungen so rationell arbeiten, daß sie bis auf weiteres Auslandskapital verzinsen kann, ohne auf die Löhne und Gehälter zu drücken. Je größer der Anteil der Kapitalbesitzer am Sozialprodukt ist, desto kleiner muß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger sein. Ob die Rente der Aktionäre etwas größer oder kleiner ist, hat auf den Warenverbrauch keinen nennenswerten Einfluß. Wirtschaftschmendend aber wirken unzulängliche Lohn- und Gehaltsentkommen: sie schwächen den Warenkreislauf, weil der Verbrauch ungenügend ist.

Wenn die Industriedienstschicht meint, die Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer leide darunter, wenn die Kapitalrente ungenügend sei, so stellt sie sich damit selbst das Zeugnis fittlicher Dürftigkeit aus. Man redet doch so viel von Schicksalsverbundenheit aller Volksteile, besonders aller Betriebs-, im weiteren aller Wirtschaftsangehörigen! Es sind das also nur leere Worte, dazu bestimmt, um den wahren Wirtschaftsaufgaben abzulenken. Diese Tatsachen reden lebhaftig von schrankenlosem Wirtschaftsegoismus. Ist übrigens die Arbeitsfreude der vielen Millionen Menschen, die im Arbeitsverhältnis stehen, denn wirtschaftlich nicht ungeheuer viel mehr wert als die Profitfreude einer kleinen Anzahl von Unternehmern? Aber das ist es ja eben: der arbeitende Mensch in der Masse wird nur rein rechnerisch als Kostenfaktor gewertet, nicht als fühlendes, wissendes, urteilendes, kulturbedürftiges Wirtschaftsmittel. Und doch hat zu keiner Zeit der Satz, daß „Eigentum verpflichtet“, eine größere Bedeutung gehabt als jetzt. Es ist traurig, das in solchen Notzeiten, besonders nach einer solchen Inflation, wie wir sie erlebt haben, immer wieder sagen zu müssen.

Die Selbstfinanzierung führt oder verführt leicht zu falscher Kapitalveränderung. Die Verwendung des aus überhöhen Betriebsgewinnen gewonnenen Kapitals erfolgt nicht nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Grundsätzen und Überlegungen, sondern nach den Sonderinteressen und Sonderbestrebungen der einzelnen Betriebe. Gewinnlust und Eigenliebe machen aber oft blind gegen Wirtschaftsaufgaben und Wirtschaftsnöthigkeiten. Oft liegen die Verhältnisse so: Der einzelne Unternehmer, der wegen Abgahmangels seinen Betrieb nicht voll ausnützen kann, führt das darauf zurück, daß andre Betriebe moderner eingerichtet und deshalb leistungsfähiger sind. Er will deshalb auch mehr nach wissenschaftlichen Grundsätzen, eben rationaler arbeiten. Aber die Kapitalnot und die hohen Zinssätze hindern ihn daran, seine Absichten durchzuführen. Darum stößt er mit voller Überzeugung ein in den Ruf, daß nur die Kapitalnot die Wirtschaft an ihrer vollen Entfaltung hindere. Das klingt auf den ersten Blick glaubhaft. Gewöhnlich liegen jedoch die Verhältnisse so, daß volkswirtschaftlich gesehen, solche veralteten Betriebe ganz beseitigt und dafür modernere um so mehr fortentwickelt werden müssen, wenn die höchstmöglichen Wirtschaftsleistungen erzielt werden sollen. Die Selbstfinanzierung drängt geradezu zu Fallanlagen der erzielten Betriebsgewinne. Die Pflicht zur Zinszahlung dämmt den Gründungs- und Erneuerungseifer. Und wenn Betriebe ihre Selbständigkeit durch Betriebszusammenlegungen verlieren, so ist das in der Regel ein wirtschaftlicher Fortschritt, der die Betriebskosten vermindert.

Im Gesamtzweck der Volkswirtschaft gibt es nur so viel wirkliches Sachkapital, wie weiterzuerzeugen arbeiten kann. Zwar läßt sich die Sachkapitalmasse beliebig vergrößern. Aber eine Maschine ist nur dann Kapital, wenn sie arbeitet. Das vorhandene Kapital wird durch neue Maschinen nur dann vergrößert, wenn durch sie die Gesamtproduktion vergrößert wird. Würde der gesamte Produktionsapparat verdoppelt, die Produktion selbst aber hiebei unverändert, so wäre das Sachkapital trotz der Vermehrung der Sachkapitalmasse nicht größer als vordem. Für die Erkenntnis, daß Neubildung von Kapital noch keineswegs Kapitalvermehrung bedeutet, liefert die Industrie ein anschauliches Beispiel. Hier sind, ohne daß der Gesamtabsatz sich wesentlich veränderte, immer neue Anlagen errichtet worden. Das Mißverhältnis zwischen der Produktionsmöglichkeit und der tatsächlichen Produktion wurde immer größer und schließlich so grotesk, daß ein Zwangsgeß erlassen werden mußte, um den Wahnsinn zu beenden. Das Geß unterband die weitere Errichtung von neuen Anlagen und ermöglichte die radikale Zusammenlegung der Produktion. Von den 255 Anlagen, die 1923 bestanden, wurden mehr als vier Fünftel stillgelegt; der Rest konnte die gesamte Produktion mühelos bewältigen. Die Anlagekosten der stillgelegten Werke werden auf eine Milliarde Mark geschätzt. Diese ungeheure Summe, die doch schließlich die Lohn- und Gehaltsempfänger und Verbraucher aufbringen mußten, wurde zwecklos vergeudet.

Fehlleistungen des Kapitals kommen nicht nur in Zeiten großen Kapitalüberflusses vor. Wenn die Vergrößerung des Produktionsapparates für eine bereits übersehte In-

dustrie auch noch so deutlich alsbarer Unsinn erkennbar ist, so schließt das keineswegs aus, daß die einzelnen Betriebe sich weiter vergrößern und neue gegründet werden. Auch hier ein Beispiel aus der Praxis: Die Stidstoffanlagen der IG-Farbenindustrie haben eine Leistungsfähigkeit von 700 000 Tonnen jährlich, die aber nur zu 550 000 Tonnen ausgenutzt werden kann, weil der Absatz nicht größer ist. Trotz dieser Sachlage und trotz der großen Kapitalnot sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe weiterer Anlagen errichtet worden, und immer noch hört man von neuen Erweiterungen, die viele Millionen kosten. Da keine große Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Absatz steigen kann, sind nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen die vielen Millionen, die die Neuanlagen verschlingen, zwecklos vergeudet.

Die Frage der Kapitalbildung ist nicht zu trennen von der Frage der Kapitalverwendung. Kapital zu erzeugen, um es dann zu vernichten, ist zwar überaus sinnlos, aber trotzdem allgemein üblich. Die Kapitalvergebung wird um so größer sein, je mehr und je leichter Kapital durch die sogenannte Selbstfinanzierung gewonnen wird. A. S.

Der Kampf zwischen Mensch und Maschine

In den Gehirnen denkender Menschen geboren und als Hilfs- und Unterstützungskraft gedacht, hat sich die Maschine im Laufe der Zeiten fast zum Alleinherriher entwickelt. Der Mensch ist teilweise nur noch zum lästigen Mithewerber geworden und wird als notwendiges Übel betrachtet, das die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung mit schleppen muß. Ein wahres Erstberber hat die heutige Menschheit errast — alle Maschinen werden verbessert und vollkommener gemacht, so daß die stündliche Leistung derselben sich immer mehr steigert und immer mehr Waren auf den Markt geworfen werden, unbekümmert um die Abgahmangelsfrage — um die „Masse Mensch“. Das Wort „Tempo“, d. h. Beschleunigung aller menschlichen und maschinellen Tätigkeit, beherrscht heute die Welt und wird zur Peitsche, die erbaumungslos auf alle zuschlägt, die in das tägliche Getriebe eingekoppelt sind, und zur „Sungereißte“ für die hinausgeschloßenen, für die „Arbeitsstehenmüssenden“, die voll Ingrim auf die Wachen und Monde zurücksehen, da sie zum „Stempel“ gezeugen sind.

Nicht nur in der Industrie tobt dieser Kampf, nein, auch die Landwirtschaft kehrt sich von der „Mittäter Art“ ab und entringt dem Boden immer mehr Schätze unter Ausschaltung der menschlichen und tierischen Arbeitskraft. Amerika ist in dieser Weise „großzügig“ vorangegangen; durch Anwendung von Traktoren, Mähreßmaschinen u. a. m. wurde die Verwendung der Zugtiere (Pferde und Maultesel) in den Vereinigten Staaten im Jahre 1919 = 26,4 Millionen Stück auf 19,5 Millionen Stück im Jahre 1929 zurückgebrannt und dabei gleichzeitig ein Freiwerden von etwa 2,1 Millionen Acres Wiesenland erzielt, welche Fläche für Getreidebau vermandt wurde (nach Berichten amerikanischer landwirtschaftlicher Fachzeitschriften). Nun steht es ja im menschlichen Willen, die Erzeugung der Tiere zu regeln bzw. zu verhindern; aber wie steht es mit der menschlichen Arbeitskraft? Eifersüchtig wacht der Vater Staat und sieht in Europa mit kummervoller Miene, daß ein Großteil der Menschen nicht mehr so will wie zu Großvaters Zeiten — selbst Mussolini muß in Italien, das doch bisher sehr ergiebig war, zu allerlei Zwangsmaßnahmen greifen — ob damit Erfolg haben wird, ist allerdings eine andre Frage.

Die Menschheit steht hier vor der Entscheidung einer der drängendsten Fragen. Das Heer der Erwerbslosen schwillt in bedrohlicher Weise an, und wenn auch die Ausnutzung der Notlage von politischen Parteien zu politischen Zwecken nicht gutgeheßen werden kann, so ist doch manches verständig von Seiten der Nachläser, daß sie nach jedem Strohhalm greifen, der nach ihrer Meinung sie aus dem Elend erretten kann. Will die besitzende Klasse nicht hören? Was sollen all die Maßnahmen von ihrer Seite, daß sie z. B. jetzt, wo die Geburtenverminderung des Krieges bei den Schulentlassenen deutlich wird, alle verfügbaren Lehrstellen besetzen wollen! Wenn großzügige Pläne zur Ausschließung weiterer Länderkreden in den verschiedenen Erdteilen an der kurzfristigen Politik der gegenseitigen Abberung vorläufig noch nicht zur Durchführung kommen können, so müssen kleinere Mittel angewandt werden, das ist z. B. namhafte Verkürzung der Arbeitszeit wie die Fünftagewoche in Amerika. Sehen denn unsere sogenannten Wirtschaftsführer nur die eine Seite der amerikanischen Wadentwirlung, aber nicht die Bernunftgründe, die zur Arbeitsverkürzung führten? Europa befindet sich ohnehin schon in einem Abwehrkampf gegen das aufsteigende Amerika — soll es da zu einem grauenvollen Kampf aller gegen alle kommen? Noch ist Zeit zur Umkehr — aber das Sicherheitsventil muß bald geöffnet werden.

Stm.

Statistik der deutschen Sozialversicherung im Jahre 1928

II.

Die Unfallversicherung

Die Träger der Unfallversicherung waren 1928 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 262 Sektionen, 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 54 Sektionen, 14 Zweiganstalten und 500 Ausführungsstellen für Betriebe des Reiches, der Einzelstaaten, der Gemeinden und Gemeindeverbände oder anderer öffentlichen Körperschaften. Unter die Versicherungspflicht fielen 956 880 gewerbliche Betriebe mit 11 607 658 versicherten Arbeitern, 220 408 Betriebsunternehmen und deren Ehe-

gatten und 67 639 versicherten kaufmännischen Angestellten. Ferner 4 605 300 landwirtschaftliche Betriebe mit 14 064 000 versicherten Personen. Außerdem waren bei den Aufsichtsbehörden 894 154 Personen versichert. Von diesen 26 843 859 Versicherten waren rund dreieinhalb Millionen doppelt versichert, nämlich in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben. Die Zahl der versicherten gewerblichen Betriebe hat sich gegen 1927 um 39 059 erhöht, ebenso die Zahl der Versicherten im Gewerbe um mehr als eine halbe Million. Diese Zunahme wird lediglich auf Konjunkturverhältnisse zurückgeführt. Das ergibt sich auch aus der gegen das Vorjahr um 12,45 Proz. auf 21 783 Millionen Markt gestiegenen Lohnsumme, die der Beitragsberechnung zugrunde zu legen war. Soweit diese Steigerung verhältnismäßig stärker ist als die Zunahme der Zahl der Versicherten, kommt darin eine geringfügige Erhöhung des durchschnittlichen Individuallohnes zum Ausdruck.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist dank der beachtlichen Rationalisierung in fortgesetzter Steigerung begriffen. Nachdem sich ihre Zahl 1927 um rund 30 Proz. erhöhte, weist 1928 gegen das Vorjahr eine abermalige Steigerung um 8,73 Proz. auf. In absoluten Zahlen wurden 1928 insgesamt 1 389 300 Betriebsunfälle gemeldet, von denen aber nur 153 808, das sind 11,04 Proz., erstmalig entschädigt wurden. Betriebsunfälle im engeren Sinne — d. h. ohne die sogenannten Wegeunfälle und Berufskrankheiten — waren hier von 153 894, die sich mit 68 380 auf die gewerblichen, mit 77 682 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, mit 872 auf die 14 Zweiganstalten und mit 6400 auf die Ausführungsbehörden verteilte. Ein genaues Bild von der jeweiligen Unfallhäufigkeit ist erst zu erhalten, wenn die Zahl der Unfälle zu der jeweiligen Zahl der Versicherten in Beziehung gesetzt wird. Es entspielen von den gemeldeten Unfällen

	auf 1000 Versicherte
bei gewerblichen Berufsgenossenschaften	1026 1927 1028
bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften	75,60 85,38 87,04
bei den Aufsichtsbehörden	12,71 14,97 17,46
bei den Aufsichtsbüros	89,59 100,71 108,06

Auffällig ist hierbei, daß bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften zwar fünfmal soviel Unfälle als bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gemeldet wurden, bei ersteren aber gleichwohl die absolute Zahl der entschädigten Fälle kleiner war als bei den letzteren.

Über die Schwere der in den Jahren 1926 bis 1928 erstmalig entschädigten Betriebsunfälle (ohne Wegeunfälle und Berufskrankheiten) gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Tödliche Unfälle	Erwerbsunfähigkeitsfälle	Zusammen
1926 8111	1994 116 904	126 409
1927 8530	1026 125 494	185 950
1928 8790	1581 143 023	153 394

Setzt man sich diesen absoluten Zahlen die Zahl der Betriebsunfälle im engeren Sinne mit tödlichem Ausgang im Jahre 1928 gegen das Vorjahr um 260 auf 8700 erhöht (auch bei der Beziehung der tödlichen Unfälle zur Zahl der Versicherten zeigt sich die gleiche Aufwärtsbewegung), so betont doch der amtliche Bericht, daß innerhalb der erstmalig entschädigten Betriebsunfälle der Anteil der tödlichen Unfälle zurückgegangen ist. Die Häufigkeit der tödlichen Unfälle stellte sich nämlich:

auf 1000 gemeldete Unfälle	1926 1927 1928
auf 8,00	6,48 6,34
auf 1000 erstmalig gemeldete Unfälle	1926 1927 1928
auf 64,11	62,71 57,39

Achtzig Jahre Kampf

Als vor nunmehr achtzig Jahren Karl Marx in der „Rheinischen Zeitung“ eine Artikelserie über „Lohnarbeit und Kapital“ schrieb, konnte er nicht ahnen, daß seine Voraussetzungen in allen wesentlichen Teilen auch noch heute zutreffen werden. In der inzwischen vergangenen Zeit ist vieles geschehen, was damals noch nicht im Keime vorhanden war, und technisch und industriell haben wir einen rasenden Aufschwung hinter uns. Aber das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist sich gleich geblieben, eine Ausgleichung der Gegensätze, von der bürgerliche Philantropen so gern schwärmen, hat sich nicht vollzogen und wird sich auch in der ferneren Entwicklung nicht ergeben, da zwischen diesen beiden Polen ein Ausgleich nicht möglich ist. Es handelt sich hier nicht darum, zwei verschiedene Anschauungen zu vereinigen, wozu theoretisch die Möglichkeit vorhanden wäre. Wirtschaftliche Gegensätze sind es, die Kapital und Arbeit trennen; die Vertreter dieser Gegensätze sind gezwungen, mit den wirtschaftlichen Faktoren zu rechnen. Das Kapital kann nur so lange existieren, wie die Lohnarbeit da ist; es lebt davon. Wenn ein Kapitalist tausend Arbeiter beschäftigt und an jedem Arbeiter in der Stunde einen Pfennig verdient, so hat er tausend Pfennig oder zehn Mark in der Stunde. Die Arbeiter erarbeiten ihm ein Einkommen, für das er nicht viel zu tun braucht. Er nennt sich Unternehmer. Nach den heutigen gesellschaftlichen Anschauungen gilt er um so mehr, je mehr Arbeiter er beschäftigt, das heißt, für sich arbeiten läßt. Er könnte auch Arbeiter sein, aber da er Besitzer von Produktionsmitteln, Werkzeugen und Maschinen ist, die sich infolge der Anschaffungskosten nicht jeder kaufen kann, so hat er es nicht nötig, für Lohn zu arbeiten.

Vor achtzig Jahren gab es noch keine Kapitalisten im heutigen Sinne. So viel Kapital hatte sich damals noch nicht in einzelnen Händen gesammelt. Die Kassenvermögen sind erst in den letzten Jahrzehnten entstanden, nachdem

Diese scheinbare Verringerung der Lebensgefahr in den Produktionsstätten ist zu erklären durch die 1927 und 1928 steigende Gesamtzahl der gemeldeten und der erstmalig entschädigten Unfälle. Mit dem gleichen Rechte könnte der Biertrinker bei gleichbleibendem oder gar zunehmendem Bierkonsum gellebterer Enthaltsamkeit in der Lebensführung behaupten, nur weil er bei erhöhtem Gesamtlebensaufwand einen kleineren Teil hiervon für Bier ausgegeben hat. Auch amtliche Statistiken wollen eben trübsal geprieselt sein!

Die sogenannten Wegeunfälle, für die Berufsgenossenschaften ebenso ein Schmerzenskind wie die Berufskrankheiten, wurden 1928 in 59 504 Fällen gemeldet. Sie verteilten sich mit 51 396 auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, mit 4960 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, mit 181 auf die 14 Zweiganstalten und mit 3027 auf die Ausführungsbehörden. Erstmals entschädigt wurden aber von der Unfallversicherung nur 6492 gleich 10,9 Proz. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden 4610 Fälle gleich 9 Proz., von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1468 Fälle gleich 30 Proz., von den Zweiganstalten 46 Fälle gleich 25,4 Proz. und von den Ausführungsbehörden 368 Fälle gleich 12,1 Proz. erstmalig entschädigt. Auch hier stehen die gewerblichen Berufsgenossenschaften wieder an ungünstigster Stelle mit der Anerkennung der Entschädigungsberechtigung.

Eine für die Förderung der Volksgesundheit höchst wichtige Aufgabe ist der Unfallversicherung seit einigen Jahren durch Gesetz damit gestellt worden, daß die zur Arbeitsunfähigkeit führenden Berufskrankheiten als Betriebsunfälle zu behandeln und so entschädigen sind. Obwohl der ruinöse Einfluß vieler Betriebsarten auf die Gesundheit anerkanntermaßen kein geringer ist, ist die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete doch nur erst noch eine recht bescheidene. Die Aufwendungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften einschließlich der Ausführungsbehörden (Marinewerft, Post, Reichsbahn usw.) betragen 1927 genau ein Viertel, 1928 noch nicht ein Drittel Prozent der Aufwendungen für Unfallverletzte überhaupt. 1928 wurden in ganz Deutschland für die Behandlung von 755 nicht in Heilanstalten untergebrachten und 410 in Heilanstalten befindlichen Berufskranken 319 000 M. aufgewendet und an Renten und Krankengelder aus der Unfallversicherung für die Erkrankten und ihre Angehörigen insgesamt 353 000 M. gezahlt. Daneben wurden für Sterbegelder und sonstige Leistungen an die Hinterbliebenen 41 000 M. fällig, so daß die Entschädigungen sich insgesamt auf 713 000 M. stellen. Für die Befämpfung der Ursachen der Berufskrankheiten wurden ganze 5000 M. geopfert, die Verfahrungskosten aber (d. h. Unterzuchung der Krankheitsfälle, Feststellung der Entschädigungen, Überwachung der Rentenempfänger und der sogenannten Rechts-gang) erforderten 148 000 M.; wobei die allgemeinen Verwaltungskosten der Unfallversicherung noch nebenberufen. Von den insgesamt 866 000 M. betragenden Aufwendungen für die Berufskrankheiten nahmen die „Verfahrungskosten“ allein 17 Proz. in Anspruch.

Nach ungünstiger stellen sich die Dinge, wenn wir die Buchdruckerberufsgenossenschaft hierbei für sich betrachten. Sie opferte in 69 Fällen für Krankenbehandlung 16 442 M., für Renten und Krankengelder 23 705 M., für Sterbegelder und sonstige Aufwendungen für die Hinterbliebenen 5069 M., für Verhütung der Berufskrankheiten 3326 M. und für Verfahrungskosten 17 020 M. Bei einem Gesamtaufwand von 65 622 M. für berufskranke Buchdrucker 25,9 Proz. davon für — Verfahrungskosten! Notabene auch hier neben den allgemeinen Verwaltungskosten!

sich immer deutlicher gezeigt hat, daß die Konzentration eine notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist. Die Familienbetriebe können sich nur noch sehr schwer erhalten. Die großen Gesellschaften treten an ihre Stelle, untergraben ihre Existenzgrundlage und schneiden ihnen den Lebensnerv ab. Das Mitbestimmungsrecht der Aktionäre ist heute schon sehr weit vorgeschritten. Die Entwicklung läuft auf keinen Ausgleich, sondern auf eine weitere Verschärfung hinaus. Es braucht dies nicht so zu geschehen, daß das Proletariat immer mehr verarmt. Bei einer starken Gewerkschaftsbewegung wird dies nicht eintreten, da sie das zu verhindern weiß. Aber größer und größer wird die Armee der Besitzlosen, das Heer der Lohnarbeiter, die nichts weiter zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. Sehr deutlich zeigt sich das heute an der Größe der Produktionsstätten, wo in Riesenbetrieben eine große Zahl Lohnarbeiter beschäftigt ist.

Das Kapital wäre nichts ohne die Arbeit, denn die Arbeit ist die Grundlage der Gesellschaft. Was erreicht wurde im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte, der Aufstieg aus einer primitiven Antikultur, ist mittels der Arbeit geschehen. Der Bau von Eisenbahnen, Maschinen, Schiffen, Häusern, die Beschaffung von Bekleidungsartikeln und Wohnvermögensgegenständen, und die Herstellung von hochwertigen Werkzeugen ist das Produkt unzähliger Hände und Forscherarbeit. Das Kapital hat die Geschäfte damit gemacht, es hat „verdient“, indem es die Ware verkauft hat.

Karl Marx hat auseinandergesetzt, daß, wenn es einem Unternehmer gelingt, durch die Verbesserung der Maschinen an einem Tage mehr Waren herzustellen als der Konkurrent an zwei Tagen herzustellen in der Lage ist, die Möglichkeit für den mit besseren Maschinen arbeitenden Kapitalisten da ist, die Arbeitszeit um die Hälfte zu verkürzen. Aber das geschieht nicht, der Kapitalist weiß solche Vorschläge weit von sich. Und warum? Er will verdienen, Profit einstecken, er will Geschäfte machen. Des-

Bei der Betrachtung der Berufskrankheiten darf aber nicht angenommen werden, daß die Bereitwilligkeit der Berufsgenossenschaften, Berufskrankheiten als entschädigungsberechtigten Betriebsunfälle anzuerkennen, sehr weit ginge. Die von ihnen behandelten Fälle bilden nur einen sehr geringen Bruchteil der überhaupt angezeigten Fälle von Berufskrankheiten. Letztere stellten sich 1928 auf 4392 neue Fälle, bei den Buchdruckern auf 469 Fälle, von welsch letzteren neuen Fällen aber nur 22 behandelt und entschädigt wurden. Vom Standpunkt der Buchdruckerberufsgenossenschaft haben sich die 17 000 M. „Verfahrungskosten“ bezahlt gemacht.

In der Zahl der überhaupt entschädigten Betriebsunfälle ist der sogenannte Versicherungszustand noch nicht erreicht. Ihre Zahl stieg von 811 463 im Jahre 1925 auf 897 685 in 1926 und 807 325 in 1927. Den Ab- und Zugang an entschädigungspflichtigen Betriebsunfällen (ohne Berufskrankheiten) im Jahre 1928 läßt folgende Aufstellung erkennen:

Versicherungsträger	In den Rechnungs-ergebnissen für 1927 nachgewiesen	Abgang	Zugang	In den Rechnungs-ergebnissen für 1928 nachgewiesen	Gegen 1927
Gewerblich, W.G.	496 774	48 051	72 090	400 813	24 039
Landwirtschaftl. W.G.	367 632	33 503	70 158	393 279	25 647
Zweiganstalten	6 184	813	19 119	6 290	106
Ausführungsbeh.	56 232	5 318	6 828	67 742	1510
Zusammen	866 822	104 585	159 886	918 123	51 301

Die Renteneinstellungen haben sich im Jahre 1928 um 10 1/2 Mill. M. erhöht. Sie betragen an 791 068 Verletzte 181 1/2 Mill. M. und an 178 728 Hinterbliebene (Witwen, Kinder, Verwandte aussteigender Linie) 65 1/2 Mill. M., zusammen an 977 696 Personen 247 Mill. M. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften hat sich der Durchschnitt der Verletztenrente um ganze 4,63 M. pro Jahr, nämlich von 316,80 M. im Jahre 1927 auf 321,43 M. im Jahre 1928 erhöht — als Ausfluß der besagten Lohnerhöhungen.

Obwohl die Renteneinstellungen nur um 16 1/2 Mill. M. höher waren, stiegen die Gesamtaufwendungen der deutschen Unfallversicherung um rund 40 Mill. M., wie aus der nachfolgenden Aufstellung zu ersehen ist:

Bezeichnung der Ausgaben	1927	1928	Steigerung
Entschädigungen	281 900 000	313 880 300	31 980 300
Kosten der Unfallversicherung	6 538 800	8 162 300	1 623 500
Verfahrungskosten	10 653 800	11 958 900	1 305 000
Verwaltungs-kosten			
a) persönliche	26 905 800	31 191 300	4 285 500
b) sachliche	6 720 300	6 696 900	- 23 400
c) finanzielle	5 173 0	4 454 100	- 719 000
Zusammen	337 181 800	377 454 900	40 273 000

An diesen Ausgaben sind beteiligt:

- die gewerblichen Berufsgenossenschaften . . . mit 268 947 800 M.
- die landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften . . . mit 70 778 000 M.
- die 14 Zweiganstalten . . . mit 3 910 000 M.
- die Ausführungsbehörden . . . mit 37 818 000 M.
- aufammen 377 454 800 M.

An der Ausgabensteigerung sind beteiligt:

- die gewerblichen Berufsgenossenschaften . . . mit 31 014 500 M.
- die landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften . . . mit 2 778 400 M.
- die 14 Zweiganstalten . . . mit 288 600 M.
- die Ausführungsbehörden . . . mit 1 001 600 M.
- aufammen 40 273 000 M.

hals interessiert es ihn nicht, was der andre Kapitalist macht, der mit seinen alten Maschinen nur die Hälfte der Waren herstellen kann. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, den Konkurrenten zu schlagen, zu unterdrücken, ihn zu verdrängen. Deshalb läßt die kapitalistische Produktionsmethode auch den Unternehmer nicht zur Ruhe kommen. In der Natur der Dinge liegt es, daß bei der heutigen schnellen Entwicklung der Technik die Einführung neuer Maschinen dauernd im Fluß ist. Wer hier nicht mithalten kann, muß untergehen, er macht Bankrott.

Die immer größer werdende Teilung der Arbeit, die Karl Marx voraussetzte, ist inzwischen zur Wirklichkeit geworden. Die stärkere Anwendung der Maschine hat diese Teilung möglich gemacht. Das Wandsystem ist ja ein Beweis dafür, in welcher Richtung diese Teilung noch weiter möglich ist. Dadurch ist auch die Vermehrung der Produktion eingeleitet, was notwendig darauf folgen müßte, wäre der stärkere Verbrauch an Waren. Hierum geht der Kampf, der jetzt geführt wird. Die Gewerkschaften fordern höhere Löhne und Gehälter, damit die Arbeiterschaft in der Lage ist, mehr Waren zu kaufen und zu verbrauchen. Je mehr verbraucht wird, desto mehr kann produziert werden. Die fortlaufende Verbesserung der Maschinenteknik hat die Vermehrung der Produktion zur Folge, ohne daß eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig wird.

Die Folgen der Umgestaltung der Produktion haben sich nicht so ausgewirkt, wie Marx angenommen hat, denn die Gewerkschaften haben dem rücksichtslosen Profitstreben der Unternehmer ein starkes Bollwerk entgegengesetzt. Die Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in starken Organisationen hat es verhindert, daß sich die Profitgier schrankenlos ausbreiten konnte. Aber es ist nicht abzusehen, was geschehen wäre, wenn keine Organisation der Arbeiter eingetreten wäre. Das Schlimmste ist abgewendet worden dank der Organisation. E. N.

Innerhalb der Entschädigungen erlangt die Krankenbehandlung eine zunehmende Bedeutung. Es entfielen von den Entschädigungen auf die Krankenbehandlung:

	Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften	Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften
1926	10,63 Proz.	10,52 Proz.
1927	13,09 Proz.	13,41 Proz.
1928	15,47 Proz.	15,67 Proz.

Die stärkere Anwendung der Krankenbehandlung durch die Unfallversicherung, die 1928 insgesamt 324 117 Verletzten zuteil wurde, hat unter Berücksichtigung der Zahl der Rentenempfänger ein verhältnismäßiges Wachsen der Rentenleistungen zur Folge gehabt, obwohl absolut diese Aufwendungen stiegen. Innerhalb der Entschädigungen sind die reinen Rentenleistungen für Verletzte in den letzten zwei Jahren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 60,26 auf 55 Proz., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 72,35 auf 67,92 Proz. gesunken. Über die Durchführung der Unfallversicherung ermöglicht die nachfolgende Aufstellung einen Überblick:

Jahr	Zahl		Auf einen techn. Aufsichtsbeamten fallende Betriebe
	der versicherten Betriebe	der technischen Aufsichtsbeamten	
Gewerbliche Berufsgenossenschaften			
1926	675 847	303	2 229
1927	917 821	410	2 239
1928	956 880	423	2 262
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften			
1926	4 604 000	83	55 481
1927	4 608 262	91	48 252
1928	4 603 300	101	45 577

Sollte jeder Betrieb jährlich nur einmal inspiziert werden, so müßte jeder technische Aufsichtsbeamte bei 300 Arbeitstagen täglich sieben bis acht gewerbliche bzw. 152 landwirtschaftliche Betriebe besuchen und kontrollieren. Mindestens das letztere eine völlige Unmöglichkeit!

Die Verwaltungskosten, die nach Ausschreibung der sogenannten Verfahrenskosten, die im Grunde aber auch nichts anderes als Verwaltungskosten sind, auf 39 Mill. M. stellten, zerfielen in 31 Mill. M. persönliche und 8 Mill. M. sächliche Kosten. Von den persönlichen Verwaltungskosten wurden von den ehrenamtlichen Organen in Anspruch genommen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 175 000 M., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 150 000 M. Besoldete Beamte waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 4430 vorhanden, die für Gehälter, Tagelöhner, Versicherungsgebühren usw. rund 20 Mill. M. erforderten, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1318 Beamte, die 5 1/2 Mill. M. in Anspruch nahmen.

Die notwendigen Einnahmen zur Durchführung der Unfallversicherung werden bei den Berufsgenossenschaften im allgemeinen im Umlageverfahren aufgebracht, bei den Ausführungsbehörden dagegen haushaltplanmäßig bereitgestellt. Das Gesetz beschränkt die Umlage grundsätzlich auf den Bedarf des abgelaufenen Jahres und läßt daneben unter gewissen Voraussetzungen die Bereitstellung von Betriebsmitteln zu. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften stand dem tatsächlichen Aufwand von 269 Mill. M. ein Umlage-Soll, das ist der von den Genossenschaftsmitgliedern durch Beiträge aufzubringende Betrag, von 278 Mill. M. gegenüber. Durch die Umlage sind demnach 9 Mill. M. Betriebsmittel mit eingeschoben worden. Von dem Umlage-Soll entfielen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf jede 1000 M. Lohn durchschnittlich 12,78 M. Beitrag. 1927 stellte sich dieser Durchschnitt auf 12,90 M.

Die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft bleibt weit unter der Hälfte dieses Durchschnitts! Das gesamte Umlage-Soll betrug bei ihr 2 953 000 M., so daß auf jede 1000 M. Lohn ein Beitrag von 5,60 M. entfiel, während er im Vorjahre nur 4,49 M. betragen hatte. Für einen Arbeiter, der einen Jahreslohn von 3000 M. erhält, hatte so der Unternehmer für das ganze Jahr 3,03 M. mehr Beitrag zu entrichten oder pro Woche rund 6 Pf. mehr! Darob große Entrüstung! Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß, obwohl der Beitrag für die Buchdruckerberufsgenossenschaft unter den Berufsgenossenschaftlichen Beiträgen mit an niedrigster Stelle steht, viele Mitglieder „energig Widerspruch“ erhoben, der ihnen freilich nichts geholfen hat. Mit Recht konnte der Genossenschaftsvorstand darauf verweisen, daß die Erhöhung der Umlage ein Ausfluß der Sozialgesetzgebung sei, die er auszuführen habe, nicht aber beeinflussen könne. Es handelt sich dabei um die Anerkennung der Wegeunfälle und der Berufskrankheiten als Betriebsunfälle, um ein früheres Eintreten der Unfallversicherung in die Leistungspflicht zur Entlastung der bisher benachteiligten Krankenkassen und um die Rentenerhöhung für Minderjährige beim Eintritt der Volljährigkeit. Die protestierenden Buchdruckerbestreuer können sich wohl auch mit der Tatsache trösten, daß in andern Berufsgenossenschaften die Beiträge nach dreimal so hohen Einheitslöhnen wie bei den Buchdruckern erhoben werden. Und wenn der nach jahrzehntelangem Stagnieren nun endlich in Aussicht stehende weitere Ausbau der Unfallversicherung noch eine Steigerung der Lasten bringen sollte, so steht es doch gerade den Buchdruckern als Vorkämpfern des menschlichen Fortschrittes recht über all, darüber Damento zu machen, an dem mitzuwirken übrigens der Genossenschaftsvorstand, also die Leitung einer gesellschaftlich instabileren sozialpolitischen Institution, durchaus bereit zu sein scheint. Die zum Teil wegen Todesfallens, zum Teil aus geschäftlicher Spekulation erfolgten Besitzwechsel, der Konturs einiger Inhaber ungenügend finanziert oder schlecht geleiteter Kunsttempel und die Zunahme beitragsunfähiger „Reinzipale“ seien schon jetzt

Schlaglichter auf „die traurige wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe“. Daß die Zahl der „Offizinen“ in einem Jahre um 245, die der Vollarbeiter um 6000 zugenommen hat, ignoriert hierbei der verehrliche Genossenschaftsvorstand ebenso, wie die ganze wirtschaftsfeindliche Auswirkung der politischen Maßnahmen großkapitalistischer Abenteurer vom Schlage Hugenbergs.

Bemöglich noch weniger soziales Empfinden und Verständnis als der Vorstand der Buchdruckerberufsgenossenschaft hat übrigens ihre im September 1929 in Mainz abgehaltene Genossenschaftsversammlung an den Tag gelegt. Die Tatsache, daß im Reichsarbeitsministerium Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallversicherung vorbereitet werden, hatte schon im Juni 1929 den Genossenschaftsvorstand zu einem Kassandraruf für die Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Unfallversicherung und Betriebsüberwachung veranlaßt, der von der Genossenschaftsversammlung „aus voller Überzeugung einhellig“ unterstützt wurde. Wir haben oben die völlige Unzulänglichkeit der Betriebskontrolle aufgezeigt, jede Verbesserung muß eine Entlastung der Unfallversicherung herbeiführen, an der Vertreter der Versicherer, die im Produktionsprozeß Gesundheit und Leben im Interesse des Unternehmerprofits opfern, mitzuwirken bereit sind. Das alteriert jedoch den „Serrin-im-Haufe“-Standpunkt. Schon die bisherige Mitberatung der Arbeiter bei Aufstellung der Unfallversicherungsvorschläge ist den Profitjägern ein Grauel, wild gebärdend sie sich aber über den drohenden Einzug von Arbeiterkontrollleuten. Daß die Unfallversicherung die Unternehmer von der zivilrechtlichen Haftung für Unfallschäden befreit hat, haben sie sich gern gefallen lassen, die Arbeiter aber an der Vorbeugung der Gefahren, ihre gesunden Knochen zu verlieren, zu beteiligen, verstoße gegen die „Bismarcksche Gesetzgebung“, daß die Beteiligung an der Verwaltung im gleichen Verhältnis zu den Beiträgen stehen müsse. Dabei gerieren sich die Herren Druckbarone als alleinige Träger der Unfallversicherung. Der niedrige Aufwand, daß auch heute noch die große Mehrzahl der kleineren Betriebsunfälle ausschließlich zu Lasten der überwiegend mit Arbeiterarmut gespeisten Krankenkassen gehen, wird wohlwollend übersehen. Auch die Forderung, daß die technischen Aufsichtsbeamten mit den Betriebsräten zusammenarbeiten sollen, geht den menschenscheuenden Unternehmern wider den Strich. Eine ganz „ungeheure Belastung“ der Verwaltungsarbeit wollen die Herren abwehren, indem sie die Forderung nach Umrechnung der Renten entsprechend der Lohnsteigerung verwerfen. Über nicht die einmalige Vermehrung der Verwaltungsarbeit an sich ist der Stein des Anstoßes, sondern die Erhöhung der Rentenleistungen! Kein Unternehmerhaß kräht danach, wenn bei den vor 30 oder 40 Jahren festgesetzten Renten Tausende von Arbeitern glatt verzehren! Die Unzulänglichkeit und die Angestellterversicherung haben übrigens in den letzten Jahren solche Rentenumrechnungen mehrmals vorgenommen.

Geradezu herzerfrühend wirkt es, wenn unter den diplomatisierenden Sachwaltern der Unternehmerinteressen ein Leipziger Hofrat, der sich schon wiederholt als enfant terrible hervorgetan, den ehrlichen Ruf ertönen läßt, die Versicherer überhaupt an den Beiträgen zur Unfallversicherung zu beteiligen. Dieser „recht einleuchtende“ Vorschlag war den Herrschaften aber ebenso sauer, wie dem Fuchs die für ihn unerreichbaren Trauben!

Korrespondenzen

Breschlag i. B. Einen guten Besuch wies unsre Bersammlung am 5. Januar auf. Nach einem schwingend vorgetragenen Lied der Gesangsabteilung „Gutenberg“ erstattete Vorsitzender Braun den Geschäfts- und Kartellbericht. Daran schloß sich eine kurze Debatte. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Sodann hörten wir ein Referat unfres Bezirksvorsitzenden Maier (Karlsruhe), Streifzüge durch die neuste Rechtsprechung der Arbeitsgerichte. Der Referent gab zunächst einen Rückblick über die Entwicklung und den Aufbau der heutigen Arbeitsgerichte, dabei die Vorteile zeigend, die das Arbeitsgerichtsverfahren den andern Gerichten gegenüber aufzuweisen hat. Dann verbreitete er sich über die wichtigsten Klagenlagen über die schnelle Durchführbarkeit von Streifzügen, den Instanzenweg und die entstehenden Kosten. Der Vorsitzende sprach dem Referenten Dank aus und knüpfte daran die Hoffnung, daß die nächste Versammlung (Generalversammlung) auch wieder so gut besucht sein möge.

Freising. In unsrer gut besuchten Generalversammlung am 11. Januar fand zunächst der Jahresbericht Genehmigung. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Einreiner zum Vorsitzenden gewählt, da der bisherige Vorsitzende Kollege Stürzer aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl im voraus ablehnte. Kollege Karosch sprach im Namen der Versammlung dem alten Vorsitzenden für dessen langjährige Mißwahrung Dank aus.

Günzburg a. d. D. Zu unsrer Generalversammlung am 11. Januar war auch Bezirksvorsitzender Meier (Donauwörth) erschienen. Kollege Markt als stellvertretender Vorsitzender erstattete den Jahresbericht. Der Mitgliederstand beträgt 22, wovon im Laufe des Jahres sieben mit 488 Tagen arbeitslos waren. In 402 Durchstreifende wurde der Betrag von 201 M. ausbezahlt. Der Kassenbestand ist zufriedenstellend. Die Gründung einer Ortsgruppe des Bildungsverbandes, der sofort 14 Mitglieder beitrugen, wurde am 7. Dezember vorgenommen. Bei unsrer Weihnachtsfeier am 22. Dezember wurden auch die arbeitslosen und kranken Kollegen mit kleinen Geschenken bedacht. Der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Neuwahl der Vorstandschaft, wurde nach längerem Hin und Her zufriedenstellend erledigt. Hoffentlich bringt das neue Jahr größere Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Kollegenchaft mit sich.

Hagen i. W. (Drucker.) Am 12. Januar hielt der hiesige Druckerverein seine Jahreshauptversammlung in der sehr guten Beteiligung ab. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende, Kollege Wende, erstattete, ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit des Vereins im verflochtenen Jahr eine sehr erfröhliche war. Für dieses Jahr ist die Beschäftigung einer Farbenfabrik geplant. Nach Erledigung einiger unter Punkt „Verschiedenes“ aufgeworfenen Fragen wurde die Versammlung geschlossen, um zum gemühtlichen Teil überzugehen.

Karlsruhe. In unsrer sehr gut besuchten Bersammlung am 13. Januar gab der Vorsitzende seiner Freude über den guten Besuch Ausdruck, zugleich unsern Gauvorsitzer Sandfort begrüßend. Unter „Mitteilungen“ ist erwähnenswert, daß der Ortsverein an seine arbeitslosen und inaktiven Kollegen als Weihnachtsgabe 1140 M. verausgabte. Auch auf den Reichslehrtätigkeitswettbewerb wurde noch einmal verwiesen und die Kollegen ermahnt, bei den Lehrlingen auf starke Beteiligung hinzuwirken. Darauf erstattete Kollege Sandfort in etwa einfündigen Ausführungen Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz über deren wichtigste Punkte, soweit dies überhaupt möglich war. Mit einem Appell, einig und geschlossen zusammenzutreten, schloß der Referent seine interessanten Ausführungen. In der Diskussion wurde es außerordentlich bedauerlich, daß Kollege Klein (Stuttgart) wegen Erkrankung an den Tarifverhandlungen nicht teilnehmen kann und zugleich der Wunsch auf baldige Wiederherstellung der Gesundheit des Kollegen Klein ausgesprochen. Wenn wir unsre Einheit bewahren wollten, könnten wir nicht dulden, daß Stahlhelmer, Klotzki und Kommunisten ihre gewerkschaftliche Zerstückelungsarbeit fortsetzen, und es müßte hier unbedingt reiner Tisch gemacht werden. In praktischer Hilfe für unsre arbeitslosen Kollegen habe es unsre Organisation noch nie fehlen lassen, wie dies ja die Notstandsbeihilfe beweist. Kollege Sandfort konnte im Schlußwort durch einige Beispiele belegen, wie arbeitslose von gewissen Parteien zu ihren Demonstrationen mißbraucht werden. Wegen Teilnahme am revolutionären Gewerkschaftskongreß mußte Kollege Kappler ausgeschlossen werden, der es sich angelegen sein ließ, selbst von den arbeitslosen Kollegen Gelder zu sammeln, um auf deren Kosten nach Berlin fahren zu können. Die Verammlung, die zum Teil einen stürmischen Verlauf nahm, machte aber dem Treiben des genannten Kollegen, der im Hof des Gewerkschaftshauses die kommunistische Jugend verammelt hatte, die unter allerhand „Kofenamen“ unsre Kollegen nach Schluß der Versammlung in Empfang nahm, ein Ende und ließ sich ihn aus. Es ist höchste Zeit, daß mit derartigen Mißgeschickeln der Kommunisten endlich einmal in den freien Gewerkschaften gründlich aufgeräumt wird.

Karlsruhe. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Am 1. Oktober fand ein Lichtbildvortrag der Farbenfabrik Horkmann statt. Der Vortrag war sehr gut besucht und äußerst interessant, zumal das im Film bisher von Farbenfabriken Gezeigte überboten wurde. Der Referent, Herr Schmidt, verstand es außerordentlich gut, die Behandlung der Buntpapierarten und deren Zusatzmittel zu erläutern. Nach Schluß des Referats stellte der Vorsitzende auf Wunsch des Referenten die „Ausführungen“ zur Diskussion, bei welcher der Referent noch manche sehr wichtige Fragen beantwortete. Am Schluß der Veranstaltung erhielten die Kollegen Keffebrandtsachen. Der Vorsitzende dankte im Namen des Druckervereins. — Am 8. Dezember hatten wir zwei Vorträge in der Städtischen Gewerkschule, die ebenfalls sehr gut waren. Der erste Vortrag des Kollegen Feichtiger behandelte die verschiedenen Aufzugsarten der Rotationsmaschine, der zweite Vortrag des Kollegen Rauch (Stuttgart) den Umlageapparat „National“. Kollege Feichtiger schilderte in vortrefflicher Weise den Verdegang des Aufzugs aus den kleinsten Anfängen heraus bis zur modernen Aufzugsart, die einen guten Bilderdruk auf der Rotationsmaschine gewährleistete. Als sehr erfahrener Fachmann konnte der Referent sämtliche in der Diskussion gestellten Fragen ausföhrlich beantworten. Dem Vortrag des Kollegen Rauch gingen einige theoretische Ausführungen voraus. Alsdann begann die praktische Vorführung, bei welcher der Apparat in kleinster Ausführung aufgestellt war. Beim Gang des Apparates konnten sich die Kollegen selbst von den Neuerungen überzeugen. Den beiden Referenten wurde die größte Aufmerksamkeit zuteil. Der Vorsitzende dankte ihnen im Namen des Vereins. — In den Monaten November und Dezember hielt unser Verein einen Apparaturkursus in der Fraßschule ab, der vom Kollegen Gröndert (Fachslehrer) geleitet wurde. Die Vorführung erfolgte mit der neuen Konstruktion des „Unterfalls“ von der Firma Klein & Angerer, der auf einem Schnellläufer der „Europa Frankenthal“ aufgebaut ist. Der Kursus wurde sehr gut und pünktlich besucht. Dem Kursusleiter auch an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank.

Münster i. W. (Handfeger.) Am 12. Januar fand hier eine Bersammlung zwecks Gründung einer Handfegerpartei statt. Vorsitzender Greiner begrüßte sämtliche Erscheinenden sowie den Referenten, Kollegen Bölle (Dortmund). Dieser sprach über Zweck und Ziele der Handfegerpartei und gab einen kurzen Rückblick über deren Entstehung, namentlich auch in unserm Gau. Das Referat fand ein aufmerksames Auditorium und wurde unterstützt von den Kollegen Greiner, Rogge und Schöne. Dann wurde zur Gründung der Handfegervereinigung geschritten. Sämtliche anwesenden Handfeger traten der Vereinigung bei. In den Vorstand wurden u. a. gewählt Joseph Rogge als Vorsitzender und Joseph Kortmann als Kassierer. Der Beitrag wurde auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Zur Jahres-Hauptversammlung der Gauvereinigung in Köln wurden zwei Kollegen delegiert. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neugegründete Handfegerpartei mit den andern Sparten Hand in Hand arbeiten möge zum Segen unsrer Gesamtorganisation. Erfolgreich wurden noch interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

Neudamm. Unsre Jahreshauptversammlung am 11. Januar war gut besucht. Überhaupt konnte der Vorsitzende in seinem Jahresbericht feststellen, daß das verflochtene Jahr hinsichtlich Versammlungsbesuch die Note „Befriedigend“ verdient. Beträgt doch der Durchschnitt etwa 55 Proz. Gewiß gibt es auch hier „notorische Schwänzer“, die nur an „großen“ Tagen zu sehen sind.

